Reichsgesetzblatt

Teil II

1926 | Ausgegeben zu Berlin, den 12. Februar 1926 | Nr. 5

Inhalt: Gesetz über Änderungen im patentamtlichen Verfahren. Vom 1. Februar 1926 ..... S. 127

Verordnung, betreffend das Einspruchsverfahren und den Großen Senat beim Reichspatentamt. Vom 1. Februar 1926 ..... S. 127

Bekanntmachung über Errichtung einer Abrechnungsstelle im Scheckverkehre. Vom 30. Januar 1926 ..... S. 128

Bekanntmachung über Errichtung einer Abrechnungsstelle im Scheckverkehre. Vom 30. Januar 1926 ..... S. 128

Bekanntmachung über die Kündigung des Haager Abkommens über die Behandlung der feindlichen Kauffahrteischiffe beim Ausbruch der Feindseligkeiten durch Großbritannien. Vom 31. Januar 1926 ..... S. 128

Sechste Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über das Zusatzabkommen zum deutsch-schweizerischen Goldhypothekenabkommen vom 23. Juni 1923. Vom 6. Februar 1926 ..... S. 128

Berichtigung zum vorläufigen Handelsabkommen zwischen Deutschland und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion. Vom 27. Januar 1926 ..... S. 128

Gesetz über Änderungen im patentamtlichen Verfahren. Vom 1. Februar 1926.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel I

Wird gegen die Erteilung des Patents Einspruch erhoben (§ 24 Abs. 2 des Patentgesetzes), so geht das weitere Verfahren, insbesondere die Beschlußfassung über die Erteilung des Patents, von der Prüfungsstelle (§ 1 Abs. 1 der Bundesratsverordnung über Vereinfachungen im Patentamt vom 9. März 1917 — Reichsgesetzbl. S. 221 —) auf die Anmeldeabteilung über.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats Vorschriften über den Geschäftsgang der Anmeldeabteilung im Einspruchsverfahren zu erlassen.

Artikel II

In dem Patentamt wird ein Großer Senat gebildet, der aus dem Präsidenten oder seinem Vertreter, drei rechtskundigen und drei technischen Mitgliedern besteht. Für Fragen, die lediglich das Warenzeichenwesen betreffen, kann der Große Senat ausschließlich aus rechtskundigen Mitgliedern bestehen.

Will in einer grundsätzlichen Frage eine Beschwerdeabteilung von der Entscheidung einer andern Beschwerdeabteilung oder des Großen Senats abweichen, so ist die Entscheidung des Großen Senats einzuholen. Sie ist bindend in der Sache, die zu entscheiden ist.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats weitere Vorschriften über die Bildung, das Verfahren und den Geschäftsgang des Großen Senats zu erlassen.

Artikel III

Erachtet die Prüfungsstelle oder die Abteilung, deren Beschluß angefochten wird, die Beschwerde für begründet, so hat sie ihr abzuhelfen. Andernfalls ist die Beschwerde vor Ablauf von zwei Wochen ohne sachliche Stellungnahme der Beschwerdeabteilung vorzulegen.

Steht dem Beschwerdeführer ein anderer am Verfahren Beteiligter gegenüber, so findet die Vorschrift im Abs. 1 keine Anwendung.

Artikel IV

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1926 in Kraft.

Patentanmeldungen, deren Veröffentlichung (§ 23 des Patentgesetzes) vor dem 1. April 1926 erfolgt ist, werden im Einspruchsverfahren nach den bisher geltenden Vorschriften durch die Prüfungsstelle weiterbehandelt.

Berlin, den 1. Februar 1926.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichsminister der Justiz
Marx

Verordnung, betreffend das Einspruchsverfahren und den Großen Senat beim Reichspatentamt. Vom 1. Februar 1926.

Auf Grund des Artikel I Abs. 2 und des Artikel II Abs. 3 des Gesetzes über Änderungen im patentamtlichen Verfahren vom 1. Februar 1926 (Reichsgesetzbl. II S. 127) verordnet die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats:

§ 1

Im Einspruchsverfahren übernimmt regelmäßig der Prüfer die Berichterstattung in der Anmeldeabteilung.

Bietet die Entscheidung besondere rechtliche Schwierigkeiten, so soll bei der Beschlußfassung ein der Anmeldeabteilung angehöriges rechtskundiges Mitglied mitwirken.

§ 2

Die Geschäftsleitung im Großen Senat steht dem Präsidenten zu. Über die Vertretung des Präsidenten trifft die Reichsregierung Bestimmung.

Die Auswahl der Beisitzer und ihrer Stellvertreter erfolgt für je ein Kalenderjahr im voraus durch die Reichsregierung. Im Falle der Behinderung von Beisitzern treten die Stellvertreter in der Reihenfolge ihrer Bezeichnung ein.

Die Beschwerdeabteilung hat die Entscheidung, von der sie abweichen will, zu bezeichnen und ihre eigene Rechtsauffassung zu begründen. Die Beschwerdeabteilung ist befugt, eines ihrer Mitglieder zur Vertretung ihrer Rechtsauffassung zu den Beratungen des Großen Senats zu entsenden.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. April 1926 in Kraft.

Berlin, den 1. Februar 1926.

Der Reichsminister der Justiz
Marx

Bekanntmachung über Errichtung einer Abrechnungsstelle im Scheckverkehre. Vom 30. Januar 1926.

Auf Grund des § 12 Abs. 2 des Scheckgesetzes vom 11. März 1908 (Reichsgesetzbl. S. 71) hat der Reichsrat beschlossen:

Die Abrechnungsstelle bei der Reichsbankstelle in Ludwigshafen ist Abrechnungsstelle im Sinne des Scheckgesetzes.

Berlin, den 30. Januar 1926.

Der Reichswirtschaftsminister
In Vertretung
Trendelenburg

Bekanntmachung über Errichtung einer Abrechnungsstelle im Scheckverkehre. Vom 30. Januar 1926.

Auf Grund des § 12 Abs. 2 des Scheckgesetzes vom 11. März 1908 (Reichsgesetzbl. S. 71) hat der Reichsrat beschlossen:

Die Abrechnungsstelle bei der Reichsbanknebenstelle in Heilbronn ist Abrechnungsstelle im Sinne des Scheckgesetzes.

Berlin, den 30. Januar 1926.

Der Reichswirtschaftsminister
In Vertretung
Trendelenburg

Bekanntmachung über die Kündigung des Haager Abkommens über die Behandlung der feindlichen Kauffahrteischiffe beim Ausbruch der Feindseligkeiten durch Großbritannien. Vom 31. Januar 1926.

Das Haager Abkommen über die Behandlung der feindlichen Kauffahrteischiffe beim Ausbruch der Feindseligkeiten vom 18. Oktober 1907 (Reichsgesetzbl. 1910 S. 181, 375) ist durch die Großbritannische Regierung gemäß Artikel 10 des Abkommens am 14. November 1925 gekündigt worden.

Das Abkommen tritt für Großbritannien am 14. November 1926 außer Kraft.

Berlin, den 31. Januar 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
v. Schubert

Sechste Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über das Zusatzabkommen zum deutsch-schweizerischen Goldhypothekenabkommen vom 23. Juni 1923. Vom 6. Februar 1926.

Auf Grund des § 16 des Gesetzes über das Zusatzabkommen zum Abkommen vom 6. Dezember 1920 zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, betreffend schweizerische Goldhypotheken in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner, vom 23. Juni 1923 (Reichsgesetzbl. II S. 284) wird hiermit verordnet:

Soweit auf Grund der Vorschriften des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli 1925 (Reichsgesetzbl. I S. 117) ein der ehemaligen Goldhypothek im Range nachstehendes, der Frankengrundschuld des Goldhypothekengläubigers (Gläubigergrundschuld) im Range vorgehendes Recht im Grundbuch wieder eingetragen wird, ist das Recht des Treuhänders bei der Eigentümergrundschuld von Amts wegen einzutragen.

Berlin, den 6. Februar 1926.

Der Reichswirtschaftsminister
Curtius

Berichtigung zum vorläufigen Handelsabkommen zwischen Deutschland und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion. Vom 27. Januar 1926.

In dem im Reichsgesetzblatt 1925 II Nr. 44 S. 883 veröffentlichten vorläufigen Handelsabkommen zwischen Deutschland und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion vom 4. April 1925 ist in Anlage III „Zölle beim Eintritt in das Gebiet der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion" auf Seite 920 bei Tarifnummer 1052 an Stelle von: „Tüll-, Strick-, Spitzen- und Gipurestühle" zu setzen: „Tüll-, Stick-, Spitzen- und Gipurestühle".

Berlin, den 27. Januar 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
Köpke

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen — Teil I und Teil II —. **Fortlaufender Bezug** nur durch die **Postanstalten**. Der Bezugspreis beträgt für Teil I vierteljährlich 1,00 RM, für Teil II vierteljährlich 1,00 RM.

Einzelbezug jeder (auch jeder älteren) Nummer nur vom **Gesetzsammlungsamt**, Berlin NW 40, Scharnhorststr. 4. Preis für den achtseit. Bogen 10 Pf. (aus abgelauf. Jahrg. 8 Pf.). Bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.

Reichsgesetzblatt

Teil II

1926 | Ausgegeben zu Berlin, den 19. Februar 1926 | Nr. 6

Inhalt: Bekanntmachung über die Ratifikation des Deutsch-Mexikanischen Abkommens vom 16. März 1925. Vom 10. Februar 1926 ..... S. 129

Bekanntmachung, betreffend den am 14. März 1884 in Paris unterzeichneten Internationalen Vertrag zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel. Vom 4. Februar 1926 ..... S. 134

Bekanntmachung über die Ratifikation des Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten und des dazugehörigen Protokolls vom 3. November 1923 durch Rumänien. Vom 11. Februar 1926 ... S. 136

Bekanntmachung über die Ratifikation des Deutsch-Mexikanischen Abkommens vom 16. März 1925. Vom 10. Februar 1926.

Das am 16. März 1925 in der Hauptstadt Mexiko unterzeichnete Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten von Mexiko über die Regelung der deutschen Ansprüche aus mexikanischen Revolutionsschäden ist ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 1. d. M. in der Hauptstadt Mexiko stattgefunden.

Der Wortlaut des Abkommens wird nachstehend bekanntgegeben.

Berlin, den 10. Februar 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen

In Vertretung

von Schubert

Deutsch-Mexikanisches Abkommen, betreffend die Regelung deutscher Ansprüche aus mexikanischen Revolutionsschäden. Vom 16. März 1925.

Der Präsident des Deutschen Reichs einerseits und der Präsident der Vereinigten Staaten von Mexiko andererseits, beide im Namen ihrer Länder, haben anläßlich der freiwilligen Aufforderung, die der Letztere am 14. Juli 1921 in der Absicht an die Deutsche Regierung gerichtet hat, die deutschen Reichsangehörigen durch Geld für Schäden und Verluste zu entschädigen, die sie durch revolutionäre Handlungen, begangen in der Zeit vom 20. November 1910 bis 31. Mai 1920 einschließlich, erlitten haben, beschlossen, ein Abkommen hierüber zu treffen. Zu diesem Zwecke haben als Bevollmächtigte ernannt:

Der Präsident des Deutschen Reichs

Herrn Eugen Will, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Mexiko,

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Mexiko

Herrn Lizentiaten Aarón Sáenz, Staatssekretär und Leiter des Staatssekretariats der Auswärtigen Angelegenheiten.

El Presidente de la República Alemana, de una parte, y de la otra el Presidente de los Estados Unidos Mexicanos, ambos en nombre de sus respectivos paises, dando cumplimiento a la graciosa invitación que el segundo hizo al Gobierno Alemán el 14 de julio de 1921 para indemnizar pecuniariamente por las pérdidas o daños que hubieren resentido los ciudadanos alemanes a causa de actos revolucionarios ejecutados durante el período comprendido entre el 20 de noviembre de 1910 y el 31 de mayo de 1920, inclusive, han decidido celebrar una Convención con tal fin y al efecto han nombrado como sus Plenipotenciarios:

El Presidente de la República Alemana

al Excelentísimo señor Eugen Will, su Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario en México,

El Presidente de los Estados Unidos Mexicanos

al señor Licenciado don Aarón Sáenz, Secretario de Estado y del Despacho de Relaciones Exteriores

(Vierzehnter Tag nach Ablauf des Ausgabetags: 5. März 1926.)

Diese sind, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht und sie in guter und gehöriger Form befunden haben, über die folgenden Artikel übereingekommen:

Artikel I

Alle im Artikel IV dieses Abkommens näher bezeichneten Reklamationen werden einer aus drei Mitgliedern bestehenden Kommission unterbreitet, von der je ein Mitglied von dem Präsidenten des Deutschen Reichs und von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Mexiko und das dritte, das den Vorsitz übernehmen soll, von den beiden Präsidenten gemeinsam ernannt wird. Im Falle, daß die beiden Präsidenten in einem Zeitraum von zwei Monaten vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an gerechnet zu einem solchen Übereinkommen nicht gelangen sollten, wird der Präsident des Verwaltungsrats des ständigen Schiedsgerichtshofs im Haag den Präsidenten der Kommission bezeichnen. Das Ersuchen um diese Ernennung ist von den beiden Präsidenten an den Präsidenten des genannten Rates innerhalb Monatsfrist zu richten, nach Ablauf dieses Zeitraums von dem daran am meisten interessierten Präsidenten. Auf alle Fälle darf der dritte Schiedsrichter weder Deutscher noch Mexikaner sein, auch kein Angehöriger einer Nation, die gegen Mexiko Reklamationen hat, wie sie Gegenstand dieses Abkommens sind.

Im Falle des Ablebens eines Mitglieds der Kommission oder falls ein Mitglied an der Ausübung seines Amtes verhindert sein sollte oder sich damit aus irgendeinem Grunde nicht zu befassen vermag, wird es sofort ersetzt und zwar durch das gleiche Verfahren, durch das seine Ernennung erfolgt ist.

Artikel II

Die so bestellten Kommissionsmitglieder werden in der Stadt Mexico innerhalb von vier Monaten nach Austausch der Ratifikationsurkunden des vorliegenden Abkommens zusammentreten. Jedes Kommissionsmitglied wird vor Beginn seiner Arbeiten eine feierliche Erklärung abgeben und unterzeichnen, in der es sich verpflichtet, alle vorgelegten Reklamationen mit Sorgfalt zu prüfen und mit Unparteilichkeit nach den Grundsätzen der Billigkeit zu entscheiden, angesichts des Umstandes, daß Mexiko Willens ist, den Geschädigten den Schaden freiwillig zu ersetzen, und nicht etwa deswegen, weil seine Verpflichtung aus den Bestimmungen des Artikels XVIII des in Kraft befindlichen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrags zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten von Mexiko hergeleitet werden könnte. Es genügt daher nachzuweisen, daß der behauptete Schaden entstanden ist und sich auf eine der in Artikel IV dieses Abkommens aufgeführten Ursachen zurückführen läßt, damit Mexiko sich »ex gratia« geneigt sieht, eine Entschädigung zu leisten.

Die oben angeführte Erklärung wird zu den Akten der Kommission genommen werden.

Die Kommission wird den Tag und den Ort ihrer weiteren Sitzungen festsetzen.

Quienes, después de comunicarse sus Plenos Poderes, y de hallarlos en buena y debida forma, convinieron en los artículos siguientes:

Artículo I

Todas las reclamaciones especificadas en el artículo IV de esta Convencion se someterán a una Comisión compuesta de tres miembros: uno de ellos será nombrado por el Presidente de la República Alemana; otro por el Presidente de los Estados Unidos Mexicanos; y el tercero, que presidirá la Comisión, sera designado de acuerdo por los dos Presidentes. Si éstos no llegan a dicho acuerdo, en un plazo de dos meses contados desde el día en que se haga el canje de las ratificaciones, el Presidente del Consejo Administrativo Permanente de la Corte Permanente de Arbitraje de la Haya, será quien designe al Presidente de la Comisión. La solicitud de este nombramiento se dirigirá por ambos Presidentes al Presidente del citado Consejo, dentro de un plazo de un mes, pasado este plazo, por el Presidente más diligente. En todo caso, el tercer árbitro no podrá ser alemán ni mexicano, ni ciudadano de nación que tenga contra México reclamaciones iguales a las que son objeto de esta Convención.

En caso de muerte de alguno de los miembros de la Comisión, o en caso de que alguno de ellos esté impedido para cumplir sus funciones o se abstenga por cualquier causa de hacerlo, será reemplazado inmediatamente, siguiendo el mismo procedimiento que se haya empleado para nombrarlo.

Artículo II

Los Comisionados así designados se reunirán en la ciudad de México dentro de los cuatro meses contados a partir de la fecha del canje de ratificaciones de la presente Convención. Cada uno de los miembros de la Comisión, antes de dar principio a sus trabajos, hará y firmará una declaración solemne en que se comprometa a examinar con cuidado y a fallar con imparcialidad, conforme a los principios de la equidad, todas las reclamaciones presentadas, supuesto que la voluntad de México es la de reparar graciosamente a los damnificados y no su responsabilidad se establezca de conformidad con lo preceptuado en el artículo XVIII del Tratado de Amistad, Comercio y Navegación vigente entre la República Alemana y los Estados Unidos Mexicanos; siendo bastante, por tanto, se pruebe que el daño alegado haya existido y se deba a alguna de las causas enumeradas en el artículo IV de esta Convención, para que México se sienta «ex gratia», inclinado a indemnizar.

La citada declaración se registrará en las actas de la Comisión.

La Comisión fijará la fecha y el lugar de sus sesiones ulteriores.

Artikel III

Das Deutsche Reich erkennt das Entgegenkommen an, das die Vereinigten Staaten von Mexiko zeigen, indem sie zugeben, daß ihre Verantwortlichkeit, ausschließlich für die Zwecke dieses Abkommens, gemäß den Grundsätzen der Billigkeit festgestellt wird, und sich nicht auf den Artikel XVIII des zwischen den beiden Ländern bestehenden, am 5. Dezember 1882 in der Stadt Mexico unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtvertrags berufen, um diese Reklamationen abzuweisen. Das Deutsche Reich erklärt deshalb feierlich sein Einverständnis damit, daß dieses Abkommen den genannten Vertrag weder ganz noch teilweise, weder stillschweigend noch ausdrücklich abändert, und daß es sich verpflichtet, sich nicht auf dieses Abkommen als Präzedenzfall zu berufen.

Artikel IV

Die Kommission wird in allen Reklamationen gegen Mexiko wegen Verlusten oder Schäden erkennen, die deutsche Reichsangehörige oder Gesellschaften, Unternehmungen, Vereinigungen oder deutsche juristische Personen erlitten haben, ebenso wegen Verlusten oder Schäden, die deutschen Reichsangehörigen in Gesellschaften, Vereinigungen oder anderen Interessengruppen verursacht worden sind, vorausgesetzt, daß in diesem Falle der Anteil des Geschädigten an dem Gesamtkapital der Gesellschaft oder Vereinigung, der er angehört hat, vor dem Zeitpunkt, an dem der Schaden oder Verlust erlitten wurde, mehr als 50% betragen hat und daß außerdem der Kommission die Urkunde über die Abtretung des dem Reklamanten zustehenden verhältnismäßigen Anteils des Verlustes oder Schadens, der ihn als Mitglied einer derartigen Gesellschaft oder Vereinigung trifft, vorgelegt wird. Die Verluste oder Schäden, von denen dieser Artikel handelt, müssen in der Zeit vom 20. November 1910 bis zum 31. Mai 1920 einschließlich von folgenden Streitkräften verursacht worden sein:

1. von Streitkräften einer Regierung, die de jure oder de facto bestanden hat;
2. von revolutionären Streitkräften, die beim Siege ihrer Sache eine Regierung de jure oder de facto eingesetzt haben, oder von den gegnerischen revolutionären Streitkräften;
3. von Streitkräften, die von den im vorigen Absatz genannten Truppen abgesprengt worden sind, bis zu dem Augenblick, an dem die Regierung, nach einer entschiedenen Revolution, de jure eingesetzt worden ist;
4. von versprengten Streitkräften des Bundesheeres;
5. durch Aufstände oder Erhebungen oder von anderen als den in den Absätzen 2, 3 und 4 dieses Artikels angegebenen aufständischen Streitkräften oder von Räuberbanden und zwar, wenn in jedem Falle nachgewiesen werden kann, daß die zuständigen Behörden es unterlassen haben, die erforderlich erscheinenden Maßnahmen zu treffen, um derartige Aufstände, Erhebungen, Meutereien oder räuberische Handlungen zu unterdrücken oder die Urheber zu bestrafen oder falls nachgewiesen wird, daß den Behörden irgendeine andere Unterlassung zur Last fällt

Artículo III

La República Alemana aprecia la graciosa actitud adoptada por los Estados Unidos Mexicanos al permitir que su responsabilidad se fije, para los efectos de esta única Convención, conforme a los principios de la equidad y al no invocar, para descartar estas reclamaciones, el artículo XVIII del Tratado de Amistad, Comercio y Navegación vigente entre los dos países, firmado al 5 de diciembre de 1882 en la ciudad de México; por lo tanto, la República Alemana solemnemente declara que reconoce que esta Convención no modifica en todo o en parte, tácita o expresamente dicho Tratado, y que se compromete a no invocar esta misma Convención como precedente.

Artículo IV

La Comisión conocerá de todas las reclamaciones contra México por las pérdidas o daños resentidos por ciudadanos alemanes y por sociedades, compañías, asociaciones o personas morales alemanas; o por pérdidas o daños causados a ciudadanos alemanes, en sociedades, asociaciones u otros grupos de intereses, siempre que, en este caso, el interés del damnificado sea de más de un cincuenta por ciento del capital total de la sociedad o asociación de que forma parte, anterior a la época en que se resintió el daño o pérdida, y que además se presente a la Comisión una cesión hecha al reclamante de la parte proporcional de la pérdida o daño que le toque en tal compañía o asociación. Las pérdidas o daños de que se habla en este artículo deberán haber sido causados durante el período comprendido entre el 20 de noviembre de 1910 y el 31 de mayo de 1920, inclusive, por las fuerzas siguientes:

1º Por fuerzas de un Gobierno *de jure* o *de facto;*
2º Por fuerzas revolucionarias que hayan establecido al triunfo de su causa Gobierno *de jure* o *de facto,* o por fuerzas revolucionarias contrarias a aquéllas;
3º Por fuerzas procedentes de la disgregación de las que se mencionan en el párrafo precedente hasta el momento en que el Gobierno *de jure* hubiere sido establecido después de una revolución determinada;
4º Por fuerzas procedentes de la disolución del Ejército Federal;
5º Por motines o levantamientos, o por fuerzas insurrectas distintas de las indicadas en los párrafos 2º, 3º y 4º de este artículo, o por bandoleros, con tal que, en cada caso, se pruebe que las autoridades competentes omitieron dictar medidas razonables para reprimir las insurrecciones, levantamientos, motines o actos de bandolerismo de que se trata, o para castigar a sus actores; o que se pruebe, asimismo, que las autoridades incurrieron en falta de alguna otra manera.

Die Kommission wird ebenfalls in den Reklamationen wegen Verlusten oder Schäden erkennen, die durch Handlungen von Zivilbehörden verursacht worden sind, jedoch nur, falls sie auf revolutionäre Ereignisse und Störungen zurückzuführen sind, die in den Zeitraum fallen, der in diesem Artikel vorgesehen ist, und falls sie einer der in den Absätzen 1, 2 und 3 des vorstehenden Artikels genannten Streitkräfte zur Last gelegt werden können.

La Comisión conocerá también de las reclamaciones por pérdidas o daños causados por actos de autoridades civiles, siempre que dichos actos se originen en sucesos y trastornos revolucionarios, dentro de la época a que alude este artículo y que hayan sido ejecutados por alguna de las fuerzas descritas en los párrafos 1º, 2º y 3º del presente artículo.

Artikel V

Die Kommission wird sich innerhalb der Bestimmungen dieses Abkommens ihre eigne Geschäftsordnung geben.

Jede Regierung kann einen Vertreter sowie Berater ernennen, die der Kommission, sei es mündlich oder schriftlich, die Beweismittel und Tatsachen unterbreiten können, die sie zur Unterstützung der Reklamationen oder dagegen vorzubringen für zweckmäßig halten.

Die Kommission entscheidet mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt der Präsident den Ausschlag.

Sowohl bei den Verhandlungen als auch bei den Entscheidungen wird die spanische oder englische Sprache angewandt.

Artículo V

La Comisión decretará sus propios procedimientos, pero ciñéndose a las disposiciones de la presente Convención.

Cada Gobierno podrá nombrar un Agente y Consejeros que presenten a la Comisión, ya sea oralmente o por escrito, las pruebas y argumentos que juzguen conveniente aducir en apoyo de las reclamaciones o en contra de ellas.

La decisión de la mayoría de los miembros de la Comisión, sera la de la Comisión. Si no hubiere mayoría prevalecerá la decisión del Presidente.

Tanto en los procedimientos como en los fallos se empleará el español o el inglés.

Artikel VI

Die Kommission wird alle Reklamationen und die verschiedenen Fälle, die ihr unterbreitet werden, genau eintragen, ebenso die Niederschriften über die Verhandlungen mit den entsprechenden Daten.

Für diesen Zweck wird jede Regierung einen Sekretär bestimmen. Die genannten Sekretäre werden der Kommission unterstehen und sind ihren Weisungen unterworfen.

Jede Regierung kann ebenfalls die ihr erforderlich erscheinenden Hilfssekretäre ernennen und anstellen. Die Kommission kann gleichfalls die Hilfskräfte bestimmen und anstellen, die sie benötigt, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Artículo VI

La Comisión irá registrando con exactitud todas las reclamaciones y los diversos casos que le fueren sometidos, así como las actas de los debates, con sus fechas respectivas.

Para tal fin, cada Gobierno designará un Secretario. Dichos Secretarios dependerán de la Comisión y estarán sometidos a sus instrucciones.

Cada Gobierno podrá nombrar, asimismo, y emplear los Secretarios adjuntos que juzgare prudente. La Comisión podrá nombrar y emplear, igualmente, los ayudantes que juzgue necesarios para llevar a cabo su misión.

Artikel VII

Da die Mexikanische Regierung gewillt ist, zu einer entgegenkommenden Regelung der im Artikel IV näher bezeichneten Reklamationen zu gelangen und den Reklamanten eine gerechte Entschädigung entsprechend den Schäden und Verlusten, die sie erlitten haben, zu bewilligen, wird bestimmt, daß die Kommission keine Reklamation abweisen oder verwerfen darf nur aus dem Grunde, daß vor Einreichung der Reklamation noch nicht alle Rechtsmittel erschöpft sind.

Bei der Feststellung der Summe, die für Entschädigungen von Sachschäden zugestanden werden sollen, wird der von den Beteiligten dem Steuerfiskus angegebene Wert zugrunde gelegt werden, mit Ausnahme von ganz besonderen Fällen, die die Kommission auf Grund ihres Gutachtens als solche bezeichnet.

Der Betrag der Entschädigung für persönliche Schäden soll die weitestgehenden Entschädigungen, die Deutschland für solche Fälle bewilligt hat, nicht übersteigen.

Artículo VII

Deseando el Gobierno de México llegar a un arreglo gracioso sobre las reclamaciones especificadas en el artículo IV, y conceder a los reclamantes una indemnización justa que corresponda a las pérdidas y daños que hayan sufrido, queda convenido que la Comisión no habrá de discartar o rechazar ninguna reclamación por causa de que no se hubieren agotado, antes de presentar dicha reclamación, todos los recursos legales.

Para fijar el importe de las indemnizaciones que habrán de concederse por daños a los bienes se tendra en cuenta el valor declarado al Fisco por los interesados, salvo en casos verdaderamente excepcionales a juicio de la Comisión.

El importe de las indemnizaciones for daños personales no excederá al de las indemnizaciones más amplias concedidas por Alemania en casos semejantes

Artikel VIII

Jede Reklamation muß der Kommission innerhalb von 6 Monaten, von dem Zeitpunkt ihrer ersten Zusammenkunft an gerechnet, eingereicht werden, abgesehen von Ausnahmefällen, in denen die Mehrzahl der Mitglieder der Kommission die Gründe billigen sollte, die eine Verzögerung rechtfertigen; der Zeitraum, innerhalb dessen solche außerordentlichen Reklamationen eingetragen werden können, darf die ordentliche Frist nicht um mehr als 2 Monate übersteigen.

Die Kommission wird alle ihr eingereichten Reklamationen innerhalb eines Zeitraums von 2 Jahren von dem Zeitpunkt ihrer ersten Zusammenkunft an gerechnet anhören, prüfen und entscheiden.

3 Monate nach der ersten Zusammenkunft der Kommissionsmitglieder und nachher alle 2 Monate wird die Kommission jeder Regierung einen Bericht unterbreiten, in dem die erledigten Arbeiten im einzelnen aufgeführt werden und in dem auch eine Zusammenstellung der eingereichten, verhandelten und entschiedenen Reklamationen enthalten sein soll.

Die Kommission wird ihre Entscheidung über jede ihr vorgelegte Reklamation innerhalb von 6 Monaten geben, von dem Tage an gerechnet, an dem die Verhandlung über die betreffende Reklamation geschlossen ist.

Artikel IX

Die Hohen Vertragschließenden Teile verpflichten sich, den Spruch der Kommission über jeden von ihr behandelten Fall als endgiltig anzusehen und ihren einzelnen Entscheidungen volle Rechtskraft zuzubilligen. Sie kommen auch dahin überein, daß das Ergebnis der Arbeiten der Kommission als eine vollkommene, umfassende und endgültige Regelung aller gegen die Mexikanische Regierung geltend gemachten Reklamationen anzusehen ist, aus welchen der in dem Artikel IV des gegenwärtigen Abkommens aufgezählten Gründe auch immer sie entstanden sein mögen. Sie kommen schließlich dahin überein, daß von dem Augenblick an, in dem die Kommission ihre Arbeiten beendigt hat, jede Reklamation der angegebenen Art, sei sie der Komission unterbreitet oder nicht, zukünftig für endgültig und unwiderruflich erledigt anzusehen ist, jedoch unter der Voraussetzung, daß diejenigen, welche der Kommission vorgelegt wurden, von ihr auch wirklich geprüft und entschieden worden sind.

Artikel X

Die Zahlungsweise, in der die Mexikanische Regierung die Entschädigungssummen entrichten wird, soll von beiden Regierungen festgesetzt werden, sobald die Arbeiten der Kommission beendigt sind. Die Zahlungen werden in Gold oder in gleichwertiger Münze entrichtet werden, und zwar an die Deutsche Regierung von der Mexikanischen Regierung.

Artikel XI

Jede Regierung bezahlt die Gehälter ihres Kommissionsmitglieds und des dazugehörigen Personals.

Die allgemeinen Ausgaben der Kommission, ebenso wie das dem dritten Kommissionsmitglied zugestandene Gehalt, tragen die beiden Regierungen je zur Hälfte.

Artículo VIII

Toda reclamación habrá de presentarse ante la Comisión dentro del plazo de seis meses contados desde el día de su primera reunión, a menos que, en casos excepcionales, la mayoría de los miembros de la misma Comisión juzgue satisfactorias las razones que se den para justificar el retardo; el período dentro del cual podrán registrarse dichas reclamaciones excepcionales no se extenderá a más de dos meses después del término de expiración del plazo normal.

La Comisión oirá, examinará y resolverá dentro del plazo de dos años contados desde el día de su primera reunión, todas las reclamaciones que le fueren presentadas.

Tres meses después del día de la primera reunión de los miembros de la Comisión, y luego bimestralmente, la Comisión someterá a cada uno de los Gobiernos un informe donde queden establecidos pormenorizadamente los trabajos realizados, y que comprenda también una exposición de las reclamaciones presentadas, de las oídas y de las resueltas.

La Comisión dará su fallo sobre toda reclamación que se le presente, dentro del plazo de seis meses, contados desde la clausura de los debates relativos a dicha reclamación.

Artículo IX

Las Altas Partes Contratantes convienen en considerar como definitiva la decisión de la Comisión sobre cada uno de los asuntos que juzgue, y en dar pleno efecto de las referidas decisiones. Convienen también en considerar el resultado de los trabajos de la Comisión como un arreglo pleno, perfecto y definitivo, de todas las reclamaciones que contra el Gobierno de México, provengan de alguna de las causas enumeradas en el artículo IV de la presente Convención. Convienen además en que desde el momento en que terminen los trabajos de la Comisión, toda reclamación de esa especie, haya o no sido presentada a dicha Comisión, habra de considerarse como arreglada absoluta e irrevocablemente para lo suceviso, a condición de que las que hubieren sido presentadas a la Comisión, hayan sido examinadas y resueltas por ella.

Artículo X

La forma en que el Gobierno Mexicano pagará las indemnizaciones se fijará por ambos Gobiernos, una vez terminadas las labores de la Comisión. Los pagos se efectuarán en oro o en moneda equivalente, y se harán al Gobierno Alemán por el Gobierno Mexicano.

Artículo XI

Cada Gobierno pagará los honorarios de su Comisionado y los de su personal.

Los gastos comunes de la Comisión, lo mismo que los honorarios correspondientes al tercer comisionado, los sufragarán por mitad ambos Gobiernos.

Artikel XII

Die von deutschen Reichsangehörigen der Nationalen Reklamationskommission gemäß Dekret vom 30. August 1919 und dessen Ausführungsbestimmungen eingereichten Schadenersatzansprüche unterliegen folgenden Vorschriften:

I. Soweit sie entschieden und von den Reklamanten in dem gesetzlich vorgeschriebenen Zeitraum nicht angefochten worden sind, fallen sie unter den Artikel IX dieses Abkommens, und ihre Zahlung richtet sich nach den Bestimmungen des Artikels X.

II. Soweit sie entschieden, jedoch von den Reklamanten gemäß Artikel XII des erwähnten Dekrets angefochten worden sind, werden sie in dessen Ausführung der gemäß diesem Abkommen ernannten Kommission zur Bestätigung, Abänderung oder Aufhebung des gefällten Spruches vorgelegt.

III. Soweit sie sich in Bearbeitung befinden und noch nicht entschieden sind, werden sie der durch dieses Abkommen eingesetzten Kommission vorgelegt und den Bestimmungen des Abkommens unterworfen.

Artikel XIII

Dieses Abkommen wird in deutscher und in spanischer Sprache abgefaßt, und es besteht Einverständnis darüber, daß im Zweifelsfalle bei der Auslegung der spanische Text maßgebend sein soll.

Artikel XIV

Die Hohen Vertragschließenden Teile werden das gegenwärtige Abkommen in Übereinstimmung mit ihren Verfassungen ratifizieren. Der Austausch der Ratifikationsurkunden findet in der Stadt Mexico sobald als möglich statt, und das Abkommen tritt mit der Veröffentlichung des Austausches der Urkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten das gegenwärtige Abkommen unterschrieben und ihre Siegel beigedrückt.

Doppelt ausgefertigt in der Stadt Mexico am sechzehnten März Eintausendneunhundertundfünfundzwanzig.

(gez.) Eugen Will.

Artículo XII

Las reclamaciones presentadas por los ciudadanos alemanes a la Comisión Nacional de Reclamaciones de acuerdo con el decreto de 30 de agosto de 1919 y sus reglamentos, se someten a las reglas siguientes:

I. Las que hubieren sido falladas y no objetadas por los reclamantes dentro de los términos de la ley respectiva, quedan comprendidas en el artículo IX de este Convención y su pago se regirá por lo dispuesto en el artículo X de la misma.

II. Las resueltas y objetadas por los reclamantes conforme al artículo XII del decreto mencionado, serán sometidas para los efectos del mismo decreto, a la Comisión nombrada conforme a esta Convención para la confirmación, modificación o revocación del fallo.

III. Las que se hallen en tramitación y no estén resueltas, serán sometidas a la Comisión que crea esta Convención y se sujetarán a los términos de la misma Convención.

Artículo XIII

Esta Convención está redactada en alemán y en español, y queda convenido que cualquier duda sobre su interpretación será dilucidada por el texto español.

Artículo XIV

Las Altas Partes Contratantes ratificarán la dresente Convención, de conformidad con sus respectivas Constituciones. El canje de las ratificaciones se efectuará en la ciudad de México tan pronto como fuere posible, y la Convención entrará en vigor desde el momento en que se publique el cambio de ratificaciones.

En fe de lo cual, los Plenipotenciarios respectivos firmaron la presente Convención poniendo en ella sus sellos.

Hecha por duplicado en la ciudad de México, a los dieciseis dias del mes de marzo de mil novecientos veinticinco.

(firmado) Aarón Sáenz.

Bekanntmachung, betreffend den am 14. März 1884 in Paris unterzeichneten Internationalen Vertrag zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel. Vom 4. Februar 1926.

Die Tschechoslowakische Regierung ist dem am 14. März 1884 in Paris unterzeichneten, im Reichsgesetzblatt von 1888 S. 151 abgedruckten Internationalen Vertrage zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel, ferner der dazu ergangenen, im Reichsgesetzblatt von 1888 S. 167 abgedruckten Erklärung vom 1. Dezember 1886/23. März 1887 sowie dem zu dem Vertrage gehörenden, nebst Übersetzung nachstehend abgedruckten Schlußprotokoll vom 7. Juli 1887 beigetreten. Die Beitrittserklärung ist am 29. Januar 1925 im Archiv der Französischen Regierung hinterlegt worden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 26. November 1888 und 6. September 1889 (Reichsgesetzbl. 1888 S. 292 und 1889 S. 194).

Berlin, den 4. Februar 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen

In Vertretung

von Schubert

Protocole de clôture

Les Soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements signataires de la Convention du 14 mars 1884 pour la protection des câbles sous-marins, réunis à Paris à l'effet d'arrêter, conformément à l'Article 16 de cet acte international, la date de la mise à exécution de ladite Convention, sont convenus de ce qui suit:

I. La Convention internationale du 14 mars 1884 pour la protection des câbles sous-marins entrera en vigueur le 1er mai 1888, sous la condition, toutefois, qu'à cette date ceux des Gouvernements contractants qui n'ont pas encore adopté les mesures prévues par l'Article 12 dudit acte international se seront conformés à cette stipulation.

II. Les dispositions que les dits Etats auront prises en exécution de l'Article 12 précité seront notifiées aux autres Puissances contractantes par l'intermédiaire du Gouvernement français, chargé d'en examiner la teneur.

III. Le Gouvernement de la République Française reste également chargé d'examiner les mêmes dispositions législatives ou réglementaires que devront adopter, dans leurs pays respectifs, pour se conformer à l'Article 12, les Etats qui n'ont pas pris part à la Convention et qui voudraient profiter de la faculté d'accession prévue dans l'Article 14.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires Soussignés ont arrêté le présent Protocole de clôture qui sera considéré comme faisant partie intégrante de la Convention internationale du 14 mars 1884.

Fait à Paris, le 7 juillet 1887.

Leyden
José C. Paz
Hoyos
Beyens
Arinos
Manuel M. de Peralta
Moltke-Huitfeld
Emanuel de Almeda
Floŭrens
J. L. Albareda
Robert M. Lane
Lyons
Crisanto Medina
N. J. Delyanni
L. F. Menabrea
Hara
H. Missak
A. de Stuers
Comte de Valbom
V. Alecsandri
N. de Giers
J. F. Medina
J. Marinovitch
C. Lewenhaupt
Juan J. Diaz

(Übersetzung)

Schlußprotokoll

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der an dem Vertrage zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel vom 14. März 1884 beteiligten Regierungen sind in Paris zusammengetreten, um gemäß Artikel 16 dieses internationalen Vertrags den Zeitpunkt festzusetzen, von dem ab der Vertrag auszuführen ist. Sie haben folgendes vereinbart:

1. Der Internationale Vertrag zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel vom 14. März 1884 tritt am 1. Mai 1888 in Kraft, vorausgesetzt, daß die vertragschließenden Regierungen, die die im Artikel 12 des Vertrags vorgesehenen Maßnahmen noch nicht getroffen haben, bis dahin dieser Vertragsbestimmung nachgekommen sind.

2. Die Anordnungen, die diese Staaten in Ausführung des Artikel 12 treffen, werden den übrigen Vertragsmächten durch Vermittlung der Französischen Regierung bekanntgegeben werden. Die Französische Regierung wird mit der Nachprüfung der Anordnungen beauftragt.

3. Die Regierung der Französischen Republik wird ferner beauftragt, die entsprechenden gesetzlichen oder Verwaltungsbestimmungen nachzuprüfen, die die an dem Vertrage jetzt nicht beteiligten, dem Vertrage aber später etwa gemäß Artikel 14 beitretenden Staaten für ihre Länder werden treffen müssen, um dem Artikel 12 nachzukommen.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Schlußprotokoll vereinbart, das als wesentlicher Bestandteil des internationalen Vertrags vom 14. März 1884 gelten soll.

Geschehen in Paris, am 7. Juli 1887.

Bekanntmachung über die Ratifikation des Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten und des dazugehörigen Protokolls vom 3. November 1923 durch Rumänien. Vom 11. Februar 1926

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Völkerbundes hat Rumänien das am 3. November 1923 in Genf unterzeichnete Internationale Abkommen zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten sowie das dazugehörige Protokoll vom gleichen Tage (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 672) ratifiziert. Die Ratifikationsurkunde ist am 23. Dezember 1925 im Archiv des Sekretariats des Völkerbundes in Genf hinterlegt worden, so daß das Abkommen gemäß seinem Artikel 26 Abs. 1 gegenüber Rumänien mit dem 23. März 1926 Gültigkeit erhält.

Die Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. August 1925 im Reichsgesetzbl. 1925 II S. 812.

Berlin, den 11. Februar 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
von Schubert

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen — Teil I und Teil II —. **Fortlaufender Bezug** nur durch die **Postanstalten.** Der Bezugspreis beträgt für Teil I vierteljährlich 1,00 RM, für Teil II vierteljährlich 1,00 RM.

Einzelbezug jeder (auch jeder älteren) Nummer nur vom **Gesetzsammlungsamt,** Berlin NW 40, Scharnhorststr. 4. Preis für den achtseit. Bogen 10 Pf. (aus abgelauf. Jahrg. 8 Pf.). Bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.